



Herr Bürgermeister,  
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Man könnte meinen, dass in diesem Jahr eine kritische Betrachtung des vor uns liegenden Haushaltsplans entbehrlich sein könnte. Alles Friede, Freude, Eierkuchen. Das erwartete Rechnungsergebnis stimmt uns zuversichtlich und die gute Konjunkturlage spült uns reichlich Gewerbesteuern in die Gemeindekasse.

Was liegt da näher, als den Wohlstand an die Bürgerinnen und Bürger weiterzugeben und darauf zu hoffen, dass es immer so weitergeht.

In der Tat finden wir diese Wohlfühlansätze, die uns ein renoviertes HeidenSpasbad, eine auch mit 25 Jahren immer noch intakte Westmünsterlandhalle oder in Stand gesetzte Wirtschaftswege bescheren.

Bleibt an dieser Stelle nur zu hoffen, dass sich die aktuellen weltpolitischen Ereignisse wie die Flüchtlingskrise, der Brexit oder die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten nicht nachhaltig negativ auf die Konjunktur in Deutschland auswirken. Beeinflussen können wir diese Entwicklung in Heiden nicht. Scheinen doch Egoismen und das Auflösen von Wertegemeinschaften attraktiv geworden zu sein.

Nicht so in Heiden. Wird hier doch Solidarität immer schon groß geschrieben. So sind die Heidenerinnen und Heidener unermüdlich im Einsatz, die Integration der vielen aus Flüchtlingsregionen zu uns Gekommenen in unseren Alltag zu überführen, was die erhofften Früchte trägt. Aber neben dem ehrenamtlichen Engagement bedarf es aber auch finanzieller Anstrengungen und Hilfen für die Gemeinden, die vor Ort das tun, was Berlin und Düsseldorf predigen. Und dies gerade auch, um den vielen Ehrenamtlern, die sich um hautnahe Integration verdient machen, den Rücken zu stärken und Mut zu machen, dass Ihr Einsatz von der Politik wertgeschätzt und unterstützt wird.

*An dieser Stelle möchte ich mich für die UWG-Fraktion bei allen Beteiligten, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, ganz herzlich bedanken.*

Da ist es empörend, dass die NRW-Landesregierung Fördermittel des Bundes zur Bewältigung der Flüchtlingskrise nicht vollständig den Kommunen überlässt. Erstmals seit 1973 macht NRW keine neuen Schulden und erwirtschaftet 217 Mio. Euro Überschuss. Dieser Überschuss entsteht u. a. auf Kosten der Gemeinden, weil das Land 434 Mio. Euro Bundesförderung für Integration nicht an die Kommunen weitergeben will.

Ein finanzschwaches und durch Schlüsselzuweisungen subventioniertes Ruhrgebiet unter mehrheitlicher SPD Führung hat kein Interesse an einem starken Münsterland.

Aber hat doch Hannelore Kraft unserem frisch gewählten SPD-Bürgermeister Ende 2015 felsenfest versprochen, für jeden Flüchtling bekommt ihr die vollen 10.000 Euro vom Bund. Wenn man die Zahlen im Rechnungsabschluss 2016 betrachtet, sind davon gerade mal knapp 7.000 Euro pro Person angekommen. Die versprochene halbe Million mehr hätte uns sicher weitergebracht. Jetzt ist es auch an unserem so gut in Düsseldorf vernetzten Bürgermeister, die Forderungen an die Landesregierung zu stellen, die gesamten Bundesmittel für die Integration von Flüchtlingen an uns Kommunen weiterzuleiten.

Da ist die Förderung aus dem Städtebau-Sonderprogramm mit einer bescheidenen Auszahlungsquote von nur 60 Prozent geradezu lächerlich. Müssen doch die Kommunen mit 40 Prozent und den nachfolgenden Betriebskosten gebunden auf 10 Jahre wiederum die Hauptlast tragen. Mich wundert, dass die Kollegen der SPD Fraktion immer noch so euphorisch das Loblied auf Düsseldorf singen. Wir, die UWG, haben im letzten Bau-Planungs- und Umweltausschuss dafür gesorgt, dass die Öffentlichkeit erstmalig von den Planungen zum Haus der Begegnung, das aus dem Programm mitfinanziert werden soll, erfährt und eine Diskussion erst möglich geworden wäre.

Wenn es nach dem Bürgermeister gegangen wäre, wäre nur in der Zeitung zu lesen gewesen, welche vollmundigen Versprechen er allen Vereinen gemacht hat, ohne dass die zuständigen Gremien des Rates eingebunden worden wären und ohne die Kostenseite offenzulegen. Alles unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Ältestenrat oder im nichtöffentlichen Teil des Bauausschusses mauscheln zu wollen, hat nichts mit dem Werbeslogan des Bürgermeisters „Miteinander reden“ zu tun.

Wir hatten gehofft, dass, nachdem sich gezeigt hat, dass die Kosten noch gar nicht abschließend kalkuliert werden können und dass im Sonderprogramm geforderte inhaltliche Konzepte für Integrationsmaßnahmen von der Verwaltung nicht vorgelegt werden konnten, mehrheitlich Aufschub gefordert worden wäre. Jetzt werden, gelockt vom schnellen Geld, nachhaltige Entwicklungschancen für das Hauptschulareal vertan und die Gemeinde bindet sich 10 Jahre lang ungeahnte Betriebskosten ans Bein.

Damit das klar wird, wir wenden uns nicht dagegen, einen Ort für Integration und Vereinsleben zu schaffen, aber man hätte den Ostflügel auch so erst einmal für die besonderen Vereinsaktivitäten nutzen können, wie es zum Teil ja schon geschieht.

Es hätte aber nicht eines solch teuren Umbaus bedurft und schon mal gar nicht der jahrzentlangen Kostenbindung. Auch bei zweckgebundenen Fördergeldern sprechen wir von Steuergeldern, die jeder Einzelne von uns zahlen muss. Und, wenn man schon umbaut, sollte man auch die Zielsetzung der personellen Ausstattung dafür, die die Landesregierung in das Förderprogramm geschrieben hat, aufnehmen und umsetzen. Sprich, mit personeller Unterstützung ehrenamtliches Engagement und sozialen Zusammenhalt fördern.

Der Kämmerer hat mit dem vorliegenden Zahlenwerk deutlich gemacht, wo die finanzielle Entwicklung der Gemeinde bis 2020 hingeht und dass wir die Ausgabenseite äußerst kritisch betrachten müssen. In den nächsten Jahren geben wir riesige Summen aus, um neue Baugebiete zu erschließen. Denn ohne die Einnahmen aus Verkaufserlösen von neuen Baugebieten und dem hoffentlich bald bereitgestellten ortsnahen Gewerbegebiet, schmilzt die Ausgleichsrücklage bedrohlich. Gewerbesteuern und Erlöse aus fairen aber nicht Dumping-Grundstücksverkäufen sind die einzigen Positionen auf der Einnahmeseite der Gemeinde, die aber auch sehr fremdbestimmt sein können.

Daher muss auch der Kreis von den Kommunen mehr in die Pflicht genommen werden. Der Kreishaushalt wird erst Anfang März 2017 verabschiedet. Wir hoffen, dass es keine unliebsamen Überraschungen gibt. Wenn wir schon eine saftige Jugendumlage zahlen, so sollen dann bitteschön auch geeignete Maßnahmen zur Integration jugendlicher Flüchtlinge daraus finanziert werden. Die von den Bürgermeistern geforderte Aufgabenkritik geht viel zu langsam vonstatten, als dass sich spürbare Entlastungen für die Gemeindehaushalte hieraus ergäben. Auch die Kreisausgaben für Volkshochschule und Musikschule gehören auf den Prüfstand und wir warten auf die angekündigten Ideen der Verwaltung hierzu.

Schon im letzten Jahr haben wir mehr Kreativität im Rathaus gefordert, die die Verwaltung uns leider schuldig blieb. Wir haben die Hoffnung, dass, nachdem die Personalentwicklung nun in etwas ruhigeres Fahrwasser kommt, es nun an der Zeit ist, den Beweis für die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit mit spürbar frischen Ansätzen einer modernen Verwaltung anzutreten. Der Rat unterstützt den Bürgermeister, indem bei der Personalaufstockung im Stellenplan grünes Licht gegeben wurde. Dafür dürfen wir ein auf Heiden zugeschnittenes Fördermanagement, Projektarbeit und die Nutzung von Chancen interkommunaler Zusammenarbeit erwarten. Vom Bürgermeister fordern wir eine Optimierung der Geschäftsprozesse im Rathaus und eine verantwortungsvolle Einbindung der vielen Ehrenamtlichen sowie einen wertschätzenden Umgang mit ihnen.

Was wir brauchen sind Ideen zur Zukunft von Heiden und Antworten zu den Fragestellungen: "Wie soll Heiden in 15 / 20 Jahren aussehen? Wie muss sich die Wirtschaft entwickeln? Wie gehen wir "aktiv" mit dem demografischen Wandel um?"

Es gibt meines Erachtens viel Potenzial bei den Heidenerrinnen und Heidenern, welches man nutzen sollte. Das sieht man an dem Verein Heiden-wir-helfen. Die Aussage, es gibt keine Bürger mehr, die sich ehrenamtlich engagieren, wurde durch diesen Verein widerlegt.

Erste Zeugnisse könnten zum Beispiel die gemeinsame Erarbeitung interessanter Projekte interkommunaler Zusammenarbeit beim Landesprogramm für den ländlichen Raum VITAL.NRW sein.

Auch die längst überfällige Weiterführung des Straßenkatasters gehört dazu. Ohne den Zustand der Straßen zu kennen, kann der Rat keine Priorisierung vornehmen und die Anlieger können nicht mehr frühzeitig auf anstehende Straßenausbaumaßnahmen und die damit verbundene Kostenbelastung vorbereitet werden.

In diesem Zusammenhang hoffen wir auch, dass die vielen Verhandlungen mit Grundstückseigentümern und Beschwerdeführern zu einem befriedigenden Ergebnis führen und Streitigkeiten beigelegt werden. So sind wir bei dem Lieblingsthema des Bürgermeisters „Vollsortimenter im Ortskern“, gemessen an der Situation vor einem Jahr, nicht einen Schritt weiter. Dies gilt auch für unsere Gewerbegebiete, die endlich verwirklicht werden müssen, um den Anschluss nicht zu verlieren.

Auch wenn man von Borkener Seite immer wieder eigennützige Bedenken hört. Die weiteren Schritte des Verfahrens nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster sind geklärt und müssen mit Nachdruck der Räte verfolgt werden.

Die UWG-Fraktion setzt weiterhin darauf, dass der Westmünsterland Gewerbepark A31 ein Gewinn für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde Heiden und der ganzen Region wird. Wenn wir nicht in Arbeitsplätze investieren, werden wir in Zeiten wirtschaftlicher Probleme bedenkliche Einschränkungen in unserem täglichen Leben zu spüren bekommen, die sich heute noch keiner ausmalen kann. Daher fordern wir von allen beteiligten Kommunen und allen Fraktionen hieran festzuhalten und ein hörbares Bekenntnis in die Zukunft abzugeben.

Auch in diesem Jahr hat sich die UWG-Fraktion wiederum sehr ausführlich mit den Haushaltsdaten auseinandergesetzt und hat von unserem Kämmerer, Günter Nienhaus, sehr professionell alle Fragen zum Haushalt beantwortet und sehr konkret auch die Auswirkungen in die Zukunft veranschaulicht bekommen. Vielen Dank!

Die UWG-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung 2017 wegen der völlig unrealistischen Kostenveranschlagung zum Haus der Begegnung und der nicht zu verantwortenden Belastung für die Folgejahre **nicht** zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ludger Derijck, Vorsitzender UWG Fraktion